

„Erst Klarheit erzielen“

Der **Stadtrat** hat sich zwar gestern Abend mit großer Mehrheit prinzipiell für die **Entschlammung des Nordkanals** ausgesprochen. Vor einer Entscheidung sollen aber finanzielle, rechtliche und technische **Fragen geklärt** werden

VON THILO ZIMMERMANN

KAARST SPD-Politiker Herbert Hübner brachte die Stimmung auf den Punkt: „Die Entschlammung des Nordkanals ist ein wichtiger Baustein zur Absenkung des Grundwasser-Spiegels. Aber wir müssen erst Klarheit erzielen und dürfen uns die Lösung nicht durch Zankerei zuschütten. Juristen senken das Grundwasser um keinen Millimeter.“ Und so wollen die Ratspolitiker erst die Gespräche mit den beteiligten Institutionen abwarten.

Hintergrund der Diskussion waren drei Anträge. „Die hohen Grundwasser-Stände und die damit einhergehende Vernässung der Grundstücke im Einzugsbereich des Nordkanals sind – wie eindeutig erwiesen – keine selbstverschuldete bauliche Fehlplanung der Eigentümer, son-

dern die Folge von 23 Jahren satzungswidrig fehlender Pflegemaßnahmen an diesem Vorfluter, der in dieser Zeit lediglich als Abwasserkanal benutzt wurde. Die dadurch entstandene Schlamm-Ablagerung ist deshalb zwingend zu beseitigen“, heißt es in einem Bürgerantrag des Förderkreises Holzbüttgen, der nun im nächsten Hauptausschuss vorgelegt wird. Die UWG hatte „alle erdenklichen Maßnahmen“ zur sofortigen Entschlammung und eine Vorfinanzierung durch die Stadt gefordert. „Die Zeit der Gutachten sollte endlich vorbei sein. Wir sollten nicht warten, bis alle Geldfragen geklärt sind, sondern ein Signal setzen“, so Gisela Tokloth-Moormann. Das Ansinnen der Unabhängigen wurde mit den Stimmen von CDU und FDP bei der Enthaltung durch SPD und Grüne abgelehnt. Lars Christoph

(CDU) lieferte die Begründung: „Trotz des Wahlkampfes sollte niemand den Eindruck erwecken, die dazu nötigen vier Millionen Euro mal eben aus dem Ärmel schütteln und das Problem sofort lösen zu können.“ Zuvor hatte SPD-Mann Hübner die Grünen abgewatscht: Es sei „unfair und populistisch“, vor den Bürgern zu behaupten, man könne kurzfristig helfen. Grünen-Fraktionschef Christian Gaunitz zog den Antrag bis zum Hauptausschuss zurück, zur Entschlammung einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Jochen Dürrmann (FDP) will bei den Behörden unter anderen geklärt wissen, ob Ausnahmeregelungen zur Deponierung des ausgekofferten Schlammes ausgehandelt werden können. CDU-Fraktionschef Norbert Kallen formulierte das Fazit der Debatte: „In den entscheidenden

Fragen herrscht Konsens. Wir müssen erst die Gespräche abwarten, ehe wir einen Spaten in die Hand nehmen. Es hat keinen Sinn, eine Entscheidung zu treffen, die dann vor Gericht angefochten wird.“

INFO

Gutachter berichten

Die Nordkanal-Diskussion geht weiter. Am Mittwoch sind Gespräche im Landesumweltministerium unter anderem über Zuschussfragen vorgesehen. Tags darauf werden die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Gutachten in der Arbeitsgruppe „Grundwasser“ der Düsseldorfer Staatskanzlei präsentiert. Am 5. August berät der Kaarster Hauptausschuss.